



Heiner Kamp

Mitglied des Deutschen Bundestages

REDE IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Beratung des Antrags der Fraktion der CDU/CSU und der Fraktion der FDP „Qualitätsoffensive in der Berufsausbildung“ (Drucksache 17/1435)

Unterrichtung durch die Bundesregierung „Berufsbildungsbericht 2010“ (Drucksache 17/1550)

Beratung des Antrags der Fraktion der SPD „Verordnungsermächtigung in „§ 43 Absatz 2 des Berufsbildungsgesetzes entfristen“ (Drucksache 17/1745)

Beratung des Antrags der Fraktion DIE LINKE „Konsequenzen aus dem Berufsbildungsbericht ziehen – Ehrliche Ausbildungsstatistik vorlegen, gute Ausbildung für alle ermöglichen“ (Drucksache 17/1734)

Beratung des Antrags der Fraktion der SPD „Berufliche Bildung als Garant zur Sicherung der Teilhabechancen junger Menschen und des Fachkräftebedarfs von morgen stärken“ (Drucksache 17/1759)

20. Mai 2010

(Stenografisches Protokoll)

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Wichtig für die Konkurrenz und Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft im weltweiten Wettbewerb sind die bildungspolitischen Weichenstellungen. Die Qualität unseres Ausbildungssystems ist *das* Zukunftsthema.

Was das bedeutet, lässt sich bei der Betrachtung der Bildungspolitik auf Länderebene schnell erkennen:

Wir investieren in Schüler und nicht in Schulexperimente. Wir fördern Leistung und lehnen Schülerlotterien wie im rot-roten Berlin ab.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Wir achten den Elternwillen und stärken Grundschulen und Gymnasien. Den Schulaufstand in Hamburg hätte es mit einer liberalen Senatorin nicht gegeben.

(Beifall bei der FDP – Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Ihr hättet Eliteschulen eröffnet! Logisch!)

Wir setzen auf das bewährte duale System der betrieblichen Bildung und nicht auf Ausbildungszwangsabgaben, wie von links stets gefordert.

Die liberale Bildungspolitik ist frei von der Ideologie, mit welcher die rot-rot-grünen Genossen Kinder und Jugendliche zu Versuchskaninchen degradieren.

(Beifall bei der FDP)

Wir wollen lieber in **Bildung und Forschung** investieren. Daher stecken wir bis 2013 zusätzliche 12 Milliarden Euro in Bildung und Forschung –

(Willi Brase [SPD]: Wollen wir erst einmal abwarten, was der Schäuble dazu sagt!)

das hat keine Regierung vor uns geschafft –, und das in Krisenzeiten.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir werden jedoch auch gewisse Anpassungen im System vornehmen. Im Bereich der Berufsbildung zeigt sich deutlich, dass wir umdenken müssen. Während wir in der Vergangenheit meist mehr Bewerber als verfügbare Ausbildungsstellen hatten, wird uns durch den von der Bundesregierung vorgelegten Berufsbildungsbericht 2010 gezeigt, dass sich die Schieflage auf dem **Ausbildungsmarkt** zunehmend umkehrt. Auszubildende werden bald händeringend gesucht.

Trotz der Finanz- und Wirtschaftskrise ist die Lage auf dem Ausbildungsmarkt im Berichtszeitraum besser als erwartet. Schon zum zweiten Mal in Folge gab es mehr unbesetzte Ausbildungsstellen als unversorgte Bewerber. So ist die Zahl der unversorgten Bewerber im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 33,8 Prozent zurückgegangen. In den neuen Bundesländern war der Rückgang mit 38,1 Prozent deutlich stärker als in den alten Bundesländern mit 32,0 Prozent.

In Zukunft werden wir daher in zunehmendem Maße mit einem Mangel an Bewerbern um Ausbildungsplätze konfrontiert sein. Dieser Trend ist ein wesentliches Ergebnis des vorliegenden Berufsbildungsberichts 2010 und wird sich aufgrund der demografischen Entwicklung und der zunehmenden Hochschulübergangsquote weiter verstetigen.

Dass der **Ausbildungspakt** ein Erfolg auf ganzer Linie ist, hebe ich an dieser Stelle ausdrücklich hervor.

(Beifall bei der FDP)

Die FDP wird sich für eine Fortsetzung und qualitative Aufwertung des Paktes einsetzen. Ich freue mich sehr, dass hierbei ein Schwerpunkt gerade auch auf Migranten gelegt werden soll.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Den Betrieben möchte ich für ihr großartiges Engagement an dieser Stelle recht herzlich danken. So kann es weitergehen.

Der künftige Bewerbermangel hat Auswirkungen auf die Aufgabenstellung der Politik. Unsere wichtigste Aufgabe ist es nun, einem bereits heute von der Wirtschaft beklagten Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Als deutschem Erfolgsmodell kommt der beruflichen Dualausbildung hierbei eine herausragende Bedeutung zu. Durch ihre Verankerung in der beruflichen Praxis gewährleistet sie berufliche Qualifikation auf höchstem Niveau. Zudem bietet die **duale Berufsausbildung** im Vergleich zu rein schulischen Ausbildungsgängen überdurchschnittlich hohe Übergangsquoten in reguläre Beschäftigung.

Die Herausforderung der Zukunft wird sein, das derzeit noch brachliegende Potenzial der Schulabbrecher und jungen Menschen mit mangelnder Ausbildungsreife zu heben. Wir müssen sie dazu befähigen, in das duale System der beruflichen Bildung einzusteigen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Viele Unternehmen kümmern sich schon. Sie bieten Nachhilfe- und Förderunterricht für ihre Auszubildenden an. Dieses in der Tat lobenswerte Engagement muss uns aber wachrütteln: Wir dürfen Unternehmen nicht auch noch mit der Aufgabe des Reparaturbetriebs einer mangelhaften Schulpolitik überfrachten. Wir müssen unser allgemeenschulisches System stärken und zukunftsfest machen. Dazu gehört eine bessere individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Unsere allgemeenschulische Bildung gilt es zu verbessern. Jeder Schulabgänger muss richtig lesen, schreiben und rechnen können.

(Petra Hinz [Essen] [SPD]: Vorlesen mit Betonung!)

Aber auch die Verantwortung des Elternhauses bei der Erziehung des Nachwuchses darf nicht unter den Tisch fallen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Für die meisten Ausbildungsbetriebe sind Unzuverlässigkeit, mangelnde Disziplin und Unpünktlichkeit ein größeres Problem als mangelnde Algebrakenntnisse.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Unpünktlichkeit ist kein Problem!)

Das muss uns doch aufhorchen lassen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU/CSU)

Wir müssen bei der Bildung früher ansetzen. Der Bund wird hier seiner Verantwortung gerecht. Unsere Regierung wird mit den **Schulfördervereinen** ein Bildungsbündnis schmieden, damit Schülerinnen und Schüler gezielt unterstützt und gefördert werden können. Dementsprechend werden die Grundschulen ein Budget erhalten, welches sie je nach Bedarf einsetzen können. Weil die Bedingungen innerhalb der Republik und von Schule zu Schule sehr unterschiedlich sind, brauchen wir solche flexiblen Modelle der individuellen Förderung.

(Beifall bei der FDP – Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Es gibt auch Regionen, in denen es gar keinen Förderverein gibt!)

Es gilt, die Berufsorientierung für junge Menschen an den Schulen weiter zu verbessern. Hier setzen wir als Koalition mit den **Bildungsketten** neue Maßstäbe. Dazu gehören unter anderem eine Potenzialanalyse ab Klasse 7 und eine verbesserte Berufsorientierung ab Klasse 8. Junge Menschen sollen sich frühzeitig über ihre Begabungen klar werden; denn nur wer einen Beruf ergreift, für den er begabt ist, wird gut durch die Ausbildung kommen und den Beruf mit Freude und Begeisterung ein Leben lang ausüben können. Eine Schülerin, die schwach in Mathe ist, wird vielleicht keine gute Bankkauffrau, aber womöglich eine ausgezeichnete Schreinerin.

(Ulla Burchardt [SPD]: Aber rechnen muss die doch auch können!)

Damit gehen wir einen anderen Weg als SPD, Grüne und Linke. Wir lehnen ein Einheitsschulmodell entschieden ab, mit welchem Schülerinnen und Schüler in eine Form gepresst werden sollen;

(Beifall bei der FDP)

denn nichts ist ungerechter als die gleiche Behandlung Ungleicher.

(Zuruf von der SPD: Was ist mit der Kopfpauschale?)

Vielmehr gilt es, jede Schülerin und jeden Schüler unter Berücksichtigung der individuellen Fähigkeiten, Begabungen und Probleme dort abzuholen, wo er oder sie steht, und mit größter Anstrengung zu fördern und zu fordern.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU/CSU)

Die Bildungsstatistik gibt uns dabei recht. Oder haben Sie schon einmal etwas Positives über die Schulpolitik in Bremen, Berlin oder Hamburg gehört?

(Agnes Alpers [DIE LINKE]: Ja, das habe ich!)

Kein Wunder!

Allen jungen Menschen Chancen auf eine Beschäftigung zu eröffnen, ist unser erklärtes Ziel. Dies wollen wir durch die bessere Verzahnung und Intensivierung der bestehenden Maßnahmen sowie durch neue Initiativen wie die von mir angesprochenen lokalen Bildungsbündnisse erreichen.

(Petra Hinz [Essen] [SPD]: Jeder blamiert sich, so gut er kann! – Gegenruf von der CDU/CSU:
Wenn es doch stimmt!)

Die jungen Menschen sollen wissen: Ihr werdet gebraucht. Strengt euch an, und Teilhabe an Arbeitsmarkt und Gesellschaft steht euch offen!

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Kollege Kamp, wollen Sie ganz unmittelbar vor Ende Ihrer Redezeit noch eine Zwischenfrage des Kollegen Lenkert beantworten?

Heiner Kamp (FDP):

Ich möchte jetzt zum Ende kommen. – Ihr könnt die Gewinner des demografischen Wandels sein; denn in manchen Regionen herrscht bereits heute Bewerbermangel; dieser wird sich weiter verstärken. Den Jugendlichen rufe ich zu: Wir brauchen euch. Legt euch mit uns ins Zeug!

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Der Kollege Lenkert erhält jetzt Gelegenheit zu einer Kurzintervention.

Ralph Lenkert (DIE LINKE):

Herr Kollege, ich weise Sie darauf hin, dass im Wahlprogramm der FDP das gemeinsame Lernen bis zur 6. Klasse gefordert wurde,

(Heiner Kamp [FDP]: Wo?)

und möchte Ihre Aussage dazu hören, wieso Sie sich dann, wenn dies in Berlin umgesetzt wird, dagegen verwahren. Oder ist Ihnen Ihr Wahlprogramm nichts mehr wert?

(Beifall bei der LINKEN)

Heiner Kamp (FDP):

Unser Programm war schon immer etwas wert, mehr wert als manch andere Programme.

(Willi Brase [SPD]: 6 Prozent bei der Landtagswahl! – Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]:
Das sehen aber die Wählerinnen und Wähler anders!)

Nach der Sitzung können wir uns gern darüber unterhalten, wo Sie diese Forderung gefunden haben. Mir ist sie leider nicht bekannt.

(Beifall bei der FDP – Lachen bei der LINKEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Mindestens was die Schnelligkeit angeht, könnte man an dieser Form von Kurzintervention Freude entwickeln.

(Heiterkeit)